

Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder

Kubis / Tödtmann

3. Auflage 2022
ISBN 978-3-8006-6722-2
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kubis/Tödtmann
Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder

herausgegeben von

Dr. Dietmar Kubis
Rechtsanwalt, Jena

Prof. Dr. Ulrich Tödtmann
Rechtsanwalt, Mannheim

begründet von

Prof. Dr. Dr. h. c. Johannes Semler
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Martin Peltzer
Rechtsanwalt, Notar a.D., Frankfurt am Main

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Auflage 2022



Vahlen

Zitervorschlag:
Kubis/Tödtmann Vorstand-HdB/Bearbeiter § ... Rn. ...
Bearbeiter in Kubis/Tödtmann Vorstand-HdB § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de
www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 6722 2

© 2022 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpfing
Umschlag: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

In der 3. Auflage bearbeitet von

Prof. Dr. Michael Arnold
Rechtsanwalt, Stuttgart
Honorarprofessor an der Universität Tübingen

Dr. Milena Charnitzky
Rechtsanwältin, Mannheim

Dr. Jan Dörrwächter
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Prof. Dr. Christof Hettich
Rechtsanwalt, Mannheim
Honorarprofessor an der Hochschule Heidelberg

Dr. Dietmar Kubis
Rechtsanwalt, Jena

Dr. Cäcilie Lüneborg
Rechtsanwältin, Frankfurt am Main

Janina Poppe
Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin, Stuttgart

Dr. Heinrich Rodewig
Rechtsanwalt, München

Dr. Vera Rothenburg
Rechtsanwältin, Stuttgart

Prof. Dr. Norbert Schwieters
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Recklinghausen
Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum

Bernhard Steffan
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Stuttgart

Prof. Dr. Jürgen Taschke
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Honorarprofessor an der Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Ulrich Tödtmann
Rechtsanwalt, Mannheim
Honorarprofessor an der Universität Mannheim

Dr. Marc Winstel
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Daniel Zapf
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verzeichnis der ausgeschiedenen und teilweise ausgeschiedenen Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Michael Arnold: 2. Aufl. 2015: § 11

(in Co-Autorenschaft mit Dr. Vera Rothenburg, die das Kapitel in 3. Aufl. als
Alleinautorin verantwortet)

Prof. Dr. Dr. h.c. Carsten Peter Claussen: 1. Aufl. 2005: § 3

Dr. Rolf Engelmann: 1. Aufl. 2005: § 6

Dr. Hans-Joachim Fonk: 1. Aufl. 2005: § 7

Dr. Welf Müller: 1. Aufl. 2005: § 8; 2. Aufl. 2015: § 10

Dr. Martin Peltzer: 1. Aufl. 2005: Vorwort

(in Co-Autorenschaft mit Prof. Dr. Dr. h.c. Johannes Semler), §§ 2, 9 und 11

Prof. Dr. Klaus Pohle: 1. Aufl. 2005: § 5

Dr. Wolfgang Richter: 1. Aufl. 2005: § 4; 2. Aufl. 2015: §§ 4–6

Dr. Vera Rothenburg: 2. Aufl. 2015: § 7

(in Co-Autorenschaft mit Prof. Dr. Michael Arnold, der das Kapitel in 3. Aufl. als
Alleinautor verantwortet)

Prof. Dr. Dr. h.c. Johannes Semler: 1. Aufl. 2005: Vorwort

(in Co-Autorenschaft mit Dr. Martin Peltzer), § 1

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 3. Auflage

Dank der freundlichen Aufnahme, die die 2. Auflage des Werkes allseits erfahren hat, haben sich Herausgeber und Verlag für das baldige Erscheinen einer Neuauflage stark gemacht. Sie bringt das Arbeitshandbuch für Vorstandsmitglieder wiederum auf den aktuellen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage hat sich die seinerzeit bereits kritisierte Überregulierung rund um die Aktiengesellschaft weiter fortgesetzt, wenn nicht aufgrund des zunehmenden europarechtlichen Einflusses sogar gesteigert. Beispielhaft zu nennen sind hierfür das ARUG II (2019), das FÜPoG II (2021) oder das FISG (2021). Ob den Aktionären mit mehr Regulierung wirklich gedient ist, mag im Angesicht von „Diesel-Gate“ und „Wirecard“ trefflich bezweifelt werden. Den Beratern unterschiedlicher Provenienz hat die zunehmende Regulierung jedenfalls zusätzliche Erlöse beschert, die ohne die intensiven Aktivitäten des Gesetzgebers nicht vorstellbar gewesen wären.

Man mag zur Regulungsdichte rund um die Aktiengesellschaft stehen, wie man will: Wenn gestandene Aufsichtsräte – wie mehrfach beobachtet – hochspezialisierte Beratungsgesellschaften engagieren müssen, um ein rechtsfehlerfreies Vergütungssystem nach § 87a AktG zu implementieren, spricht einiges dafür, dass es zu Fehlentwicklungen gekommen ist. Dies gilt auch für die zunehmend zu beobachtenden sprachlichen Merkwürdigkeiten. Wenn sogar öffentlich-rechtliche Medien weibliche Mitglieder eines Vorstands als „Vorständin“ titulieren, ist hiermit weder für den betreffenden Personenkreis noch für die Aktienkultur irgendetwas gewonnen.

Das vorliegende Handbuch soll und kann derartige Tendenzen weder ignorieren noch umkehren. Es stellt jedoch einen Versuch dar, dem (amtierenden oder designierten) Vorstandsmitglied den Grundkanon von Rechten und Pflichten einer derartigen Organmitgliedschaft vor Augen zu führen. Abschreckung soll hierbei ebenso vermieden werden wie rechtstheoretische Vertiefungen ohne jeden Nutzen für den Leser. Präferierte Zielgruppe des Handbuchs sind somit (aktuelle und potenzielle) Vorstandsmitglieder und erst in zweiter Linie deren rechtliche Berater.

Neu in den Autorenkreis aufgenommen wurden RAin Dr. Milena Charnitzky, RA Dr. Jan Dörrwächter, RA Prof. Dr. Christof Hettich, RAin Dr. Cäcilie Lüneborg, WPin/StBin Janina Poppe sowie WP/StB Prof. Dr. Norbert Schwieters.

Wie schon in den Voraufgaben, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der wissenschaftlichen Verantwortung der jeweiligen Autoren. Die hiermit verbundenen Überschneidungen und gelegentlich auch voneinander abweichenden Bewertungen werden bewusst in Kauf genommen.

Dank schulden wir schließlich Anna von Bohnhorst und Karina Lakatos für die umsichtige Betreuung des Werkes durch das Lektorat.

Für Anregungen und Hinweise unserer Leserinnen und Leser sind Autorenteam, Herausgeber und Verlag wie immer dankbar.

Jena/Mannheim, im November 2021

*Dr. Dietmar Kubis
Prof. Dr. Ulrich Tödtmann*

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Die gesetzliche Geschäftsführungsprärogative allein zeigt die Bedeutung des Vorstands, dem Gegenstand dieses Buches. Er leitet die Gesellschaft, führt die Geschäfte und bestimmt die Richtung, die das Unternehmen einschlägt. Von seiner Integrität, Weitsicht, Tüchtigkeit und Charakterstärke und vor allem von seinem Gespür für geschäftliche Chancen und deren Wahrnehmung hängt das Schicksal des Unternehmens in sehr erheblichem Maße ab. Die Zusammensetzung des Vorstands sollte eine gute Mischung aus verschiedenen Temperamenten, Talenten und Erfahrungshintergründen sein. Entscheidend ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. „Grabenkämpfe“ können zu völliger Selbstbeschäftigung und damit Lahmlegung des Vorstands führen. Dies wiederum strahlt ins Unternehmen und stört Abläufe und Aktivitäten in den betroffenen Bereichen. Der Wert des Unternehmens wird geschädigt. (...)

Vorstandsarbeit ist nur beschränkt theoretisch erlernbar. Man kann ein Standardwerk der Chirurgie auswendig gelernt haben und ist damit noch kein guter Chirurg. Ebenso wenig gibt es ein Werk über Chirurgie, das von Theoretikern und nicht von praktisch tätigen Chirurgen verfasst worden wäre. Vorstandsarbeit und Chirurgie haben gemeinsam, dass die praktische Erfahrung unentbehrlich ist. Die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Handbuchs haben sich bemüht, den Mitgliedern von Vorständen und Personen, die das werden wollen, ein Handbuch zur Verfügung zu stellen, das den Anforderungen der pflichtgemäßen Wahrnehmung eines Vorstandsmandats Rechnung trägt. Die Autoren haben auf Basis ihrer überwiegend langjährigen Erfahrungen in Vorstandspositionen die Darstellung der Vorstandspflichten möglichst praxisnah gestaltet.

Herausgeber und Autoren wollen mit diesem Werk Vorstandsmitgliedern und Führungskräften, die ein Vorstandsmandat anstreben, die Möglichkeit zum Erwerb der einschlägigen Kenntnisse geben. Aber auch Personen, die in der Rechtspraxis tätig sind – wie Justitiaren, Wirtschaftsanwälten und anderen Angehörigen der beratenden Berufe – wird dieses Werk helfen, sich mit dem Aufgabengebiet eines Vorstandsmitglieds näher vertraut zu machen. Richtern und Verwaltungsbeamten bringt das vorliegende Buch einen breiten Einblick in die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft.

Frankfurt am Main, im Dezember 2004

*Prof. Dr. Dr. h. c. Johannes Semler
Dr. Martin Peltzer*

Inhaltsübersicht

In der 3. Auflage bearbeitet von	V
Verzeichnis der ausgeschiedenen und teilweise ausgeschiedenen Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VI
Vorwort zur 3. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLV
§ 1 Die Kompetenzen des Vorstands und der Vorstandsmitglieder (<i>Kubis</i>)	1
§ 2 Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern (<i>Kubis</i>)	91
§ 3 Das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds (<i>Kubis</i>)	123
§ 4 Leitung als Vorstandsaufgabe (<i>Dörrwächter</i>)	163
§ 5 Geschäftsführung und Geschäftsverteilung (<i>Dörrwächter</i>)	189
§ 6 Vertretung der Gesellschaft (<i>Dörrwächter</i>)	219
§ 7 Organpflichten (<i>Arnold</i>)	241
§ 8 Personal- und Sozialwesen (<i>Tödtmann/Winstel</i>)	287
§ 9 AG in der Krise und Insolvenz (<i>Steffan/Poppe</i>)	363
§ 10 Rechenschaftslegung (<i>Schwieters</i>)	417
§ 11 Haftung der Vorstandsmitglieder (<i>Rothenburg</i>)	493
§ 12 Strafrechtliche Verantwortung (<i>Taschke/Zapf</i>)	541
§ 13 Compliance als Vorstandsaufgabe (<i>Tödtmann/Winstel</i>)	627
§ 14 Verbundene Unternehmen (<i>Hettich/Charnitzky</i>)	667
§ 15 Geschäftsführung in der SE (<i>Rodewig/Lüneborg</i>)	753
Autorenverzeichnis	789
Sachverzeichnis	793

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

In der 3. Auflage bearbeitet von	V
Verzeichnis der ausgeschiedenen und teilweise ausgeschiedenen Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VI
Vorwort zur 3. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLV

§ 1 Die Kompetenzen des Vorstands und der Vorstandsmitglieder

A. Allgemeines	5
I. Grundsätze des deutschen Gesellschaftsrechts	5
II. Einfluss des europäischen Rechts	5
1. Verordnungen	5
2. Richtlinien	6
3. Europäische AG	6
B. Die materielle Unternehmensverfassung der AG	6
I. Rechtsgrundlagen	6
1. Gesetzliche Regelungen	6
2. Regelungen der Satzung	7
3. Regelungen einer Geschäftsordnung	7
a) Allgemeine Regelungen	8
b) Regelungen der Geschäftsverteilung	9
4. Der Deutsche Corporate Governance Kodex	9
a) Bedeutung des Kodex	9
b) Inhalt	10
c) Ziel	10
d) Die Entsprechenserklärung	10
II. Die Organe der Aktiengesellschaft	12
1. Überblick	12
2. Die Hauptversammlung	13
3. Der Aufsichtsrat	15
4. Der Vorstand	15
5. Der Abschlussprüfer	16
6. Weitere Organe und sonstige Gremien	18
a) Keine weiteren Gremien mit organschaftlichen Befugnissen	18
b) Sonstige Gremien	19
7. Das Verhältnis des Vorstands zu anderen Organen	19
a) Zur Hauptversammlung	19
b) Zum Aufsichtsrat	20
c) Unterschiedliche tatsächliche Machtverteilung	23
III. Allgemeine Handlungsmaximen für unternehmerisches Handeln in der AG	23
1. Verfolgen des Unternehmensgegenstands	23
a) Verstoß gegen die Begrenzung des Unternehmensgegenstands	23
b) Heilung des Verstoßes	24
c) Unterschreitung des Unternehmensgegenstands	24
2. Beachtung des Unternehmensinteresses	24
3. Erzielung eines angemessenen Gewinns	25

4. Social Sponsoring	26
5. Eigenverantwortlichkeit und unternehmerisches Ermessen	28
a) Überblick	28
b) Feststellung der tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen	28
c) Unternehmerischer Ermessensspielraum	29
d) Beurteilungsspielraum	30
e) Abwägungsbereiche	30
f) Neutralitätspflicht	31
6. Gegenseitige Förderpflicht	31
IV. Besondere Grundsätze für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung	31
1. Ordnungsmäßigkeit	32
2. Rechtmäßigkeit	32
a) Grundsatz	32
b) Schmiergeldzahlungen	32
c) Vergleichszahlungen an räuberische Aktionäre	33
d) Rechtsgutachten	33
e) Rechtsfolgen	33
3. Zweckmäßigkeit	34
4. Wirtschaftlichkeit	34
V. Bildung und Arbeit von Ausschüssen	35
1. Allgemeines	35
2. Ausschüsse mit zentraler Bedeutung	36
VI. Das Verhältnis der einzelnen Organmitglieder zueinander	36
1. Gegenseitige Treuepflicht	37
2. Gegenseitige Förderpflicht	38
VII. Organstreitigkeiten	38
1. Allgemeines	38
2. Streitigkeiten zwischen Vorstand und Aufsichtsrat	39
3. Streitigkeiten innerhalb eines Organs	39
4. Streitigkeiten zwischen Organmitgliedern und einem anderen Organ	40
VIII. Kontrolle des Aufsichtsrats durch den Vorstand	40
IX. Rechte des Aktionärs gegenüber dem Vorstand	41
C. Die Leitungsaufgabe des Vorstands	41
I. Leitung und Geschäftsführung	41
II. Originäre Führungsfunktionen	42
1. Unternehmensplanung	42
2. Unternehmenskoordinierung	42
a) Koordinierung der Vorstandstätigkeit	43
b) Koordinierung der dem Vorstand nachgeordneten Führungskräfte	45
3. Unternehmenskontrolle	46
4. Führungsstellenbesetzung	47
5. Konzernbestimmung	47
III. Leitungsentscheidungen	48
1. Formelle Anforderungen	48
2. Inhaltliche Fragen	49
IV. Wissenserklärungen	50
V. Handelsrechtliche Grund- oder Mindestzuständigkeiten	50
1. Buchführungspflicht	50
2. Pflicht zur Risikouberwachung und zur Risikovorsorge	51
3. Weitere Mindestzuständigkeiten	52
VI. Laufende Geschäftsführung im eigenständigen Unternehmen (Erledigung des Tagesgeschäfts)	53

VII. Geschäftsführung im Unternehmensverbund	55
VIII. Berichterstattung und Rechenschaftslegung	55
1. Berichts- und Informationspflichten nach dem AktG	56
2. Berichts- und Informationspflichten nach dem WpHG und nach dem WpÜG	57
3. Berichts- und Informationspflichten nach anderen Gesetzen	58
D. Die Überwachungsaufgabe des Vorstands	59
I. Laufende Überwachung des Geschehens in der Gesellschaft und im Unternehmensverbund (im Konzern)	59
1. Überwachung von Lage und Entwicklung der Gesellschaft und des Unternehmensverbunds	59
2. Überwachung von operativen Maßnahmen	60
3. Überwachung von Vermögensanlagen	60
4. Überwachung der Administrationsleistung	61
II. Gegenseitige Überwachung der Vorstandsmitglieder	63
E. Die Stellung des einzelnen Vorstandsmitglieds	63
I. Allgemeines	63
II. Mitwirkung an der Leitung des Unternehmens	64
III. Delegation und ihre Grenzen	65
1. Kernbereich der Leitungsentscheidungen	65
2. Zuweisung von Einzelaufgaben an den Gesamtvorstand	66
3. Sorgfalts- und Aufsichtspflicht	66
IV. Leitung eines Ressorts	67
V. Interne Überwachung	68
VI. Diversity im Vorstand	68
1. Allgemeines	68
2. Legitimation des Gesetzgebers	68
3. Legislatorsische Strömungen	69
4. Praktische Folgeprobleme	70
F. Anlage § 1-1: Deutscher Corporate Governance Kodex	70
G. Anlage § 1-2: Muster einer Geschäftsordnung für den Vorstand	84
H. Anlage § 1-3: Muster eines Geschäftsverteilungsplans für den Vorstand	88

§ 2 Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern

A. Bestellung von Vorstandsmitgliedern	92
I. Die Bestellungs-vorbereitungen	92
1. Bestellung durch wen? Diskrepanz zwischen Gesetz und Praxis	92
2. Bestellung von innen oder von außen?	93
3. Bestellung von außen	93
a) Eigensuche durch den Aufsichtsrat	93
b) Einschaltung eines Personalberaters	94
4. Vorbereitung des Plenums auf den Bestellungsbeschluss	95
II. Der Bestellungsbeschluss	95
1. Alleinzuständigkeit des Aufsichtsrats	95
2. Beschlussverfahren	96
3. Beschlussinhalt	96
4. Beschlussmehrheit	97
III. Wirksamkeit und Annahme der Bestellung	98
1. Bestellungs-wirksamkeit	98
2. Annahme der Bestellung	98

IV. Anforderungen an ein Vorstandsmitglied	99
1. Anforderungsprofil für ein Vorstandsmitglied	99
2. Gesetzliche Anforderungen an Vorstandsmitglieder	100
3. Satzungsmäßige Anforderungen an Vorstandsmitglieder	101
V. Anfang, Dauer und Ende der Bestellung	102
1. Anfang der Bestellung	102
2. Dauer der Bestellung	102
3. Ende der Bestellung	103
VI. Wiederbestellung	103
1. Zulässigkeit wiederholter Bestellung	103
2. Probleme der Wiederbestellung	103
3. Form der Wiederbestellung	104
4. Gesetzliche Wiederbestellungsrechte („Stay on board“)	104
5. Vertragliche Wiederbestellungsrechte	104
6. Aufhebung und vorzeitige Wiederbestellung	105
VII. Die verschiedenen Arten von Vorstandsmitgliedern und Besonderheiten bei ihrer Bestellung	105
1. Vorsitzender des Vorstands	105
2. Stellvertretender Vorsitzender	108
3. Sprecher des Vorstands	108
4. CEO	109
5. Stellvertretendes Vorstandsmitglied	109
6. Arbeitsdirektor	110
7. In den Vorstand entsandtes Aufsichtsratsmitglied	111
8. „Bereichsvorstand“	112
VIII. Fehlerhafte Bestellung und deren Folgen	113
1. Häufigste Ursachen fehlerhafter Bestellung	113
2. Rechtsfolgen fehlerhafter Bestellungen	113
B. Widerruf der Bestellung (Abberufung)	114
I. Die Widerrufsmöglichkeit	114
II. Formale Anforderungen an den Widerrufsbeschluss	115
III. Vorliegen eines „wichtigen Grundes“	116
IV. Typologie der wichtigen Gründe	116
1. Grobe Pflichtverletzung	116
2. Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	117
3. Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung	117
4. Fehlverhalten	117
5. Ethisches Fehlverhalten	118
6. Notorische Erfolglosigkeit	118
7. Zerstrittenheit im Vorstand	118
8. Verstöße gegen das Wettbewerbsverbot	118
9. Verletzung der Informationspflicht	119
10. Pflichtverletzung bei drohender Insolvenz	119
11. Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht	119
12. Verkleinerung des Vorstands	119
13. „Druck-Abberufung“	120
V. Sofortige Wirksamkeit des Abberufungsbeschlusses	120
C. Suspendierung	120
I. Zuständigkeit und Verfahren	120
II. Suspendierungsgründe	121
III. Wirkungen der Suspendierung	122

§ 3 Das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds

A. Bestellung/Anstellung und Widerruf/Kündigung	124
B. Anstellungsvertrag	126
I. Vertragsabschluss und -inhalt	126
1. Vertragsparteien	126
2. Vertretung der Gesellschaft, Bezugnahme auf die Bestellung	127
3. Aufgaben und Pflichtenkreis des Vorstandsmitglieds	128
4. Vergütung	128
5. Verschwiegenheit	129
6. Arbeitsmittel, Unterlagen und deren Rückgabe	129
7. Dienstwagen und dessen private Nutzung	129
8. Weitere Sachbezüge?	130
9. Urlaub	130
10. Nebentätigkeiten	131
11. Wettbewerbsverbot während der Vertragsdauer	132
12. Wettbewerbsverbot nach Vertragsbeendigung	132
13. Dauer des Vertrages	134
II. Vergütung	134
1. Allgemeines und Rechtsentwicklung	135
a) Grundsätze	135
b) Rechtsentwicklung	136
2. Detailregelungen	136
a) FMStFG und StFG	136
b) KWG und VAG	137
c) VorstAG	137
d) ARUG II	138
e) DCGK	138
3. Vergütungssystem	138
a) Hintergrund und Anwendungsbereich	138
b) Inhalt	139
c) Mitwirkung der Hauptversammlung	143
d) Rechtswirkung	144
e) Veröffentlichung	144
4. Vergütungsbericht	145
5. Angemessenheit der Gesamtvergütung	145
a) Bezugspunkte	145
b) Kollisionsregel	146
6. Vergütungskomponenten	146
a) Fixum	146
b) Variable Vergütung	147
c) Gewährung von Unternehmensaktien mit Behaltenspflicht	148
d) Ermessenstantien	149
e) Sonderzahlungen	149
f) Aktienoptionen	150
g) Nebenleistungen	153
7. Ruhegeld/Pension	153
a) Allgemeines	153
b) Der Tatbestand der Ruhegeldberechtigung	153
c) Gesetzliche und vertragliche Unverfallbarkeit des Ruhegeldanspruchs	154
d) Übergangsgeld zwischen Ausscheiden und Erreichung des Pensionsalters	154

e) Anrechnung anderweitiger Bezüge auf die Pension	155
f) Anknüpfungspunkt für das Ruhegeld	156
g) Hinterbliebenenpensionen für die Witwe/den Witwer und die Waisen	156
h) Wettbewerbsverbote im Ruhegeldvertrag	157
i) Widerruf der Ruhegeldzusage	158
j) Indexierung und gesetzliche turnusmäßige Überprüfung der Höhe der Pensionszusage	159
8. Change of Control-Klausel	159

§ 4 Leitung als Vorstandsaufgabe

A. Der Begriff der Leitung	164
B. Der Inhalt der Leitung	168
I. Einzelne Tätigkeiten	168
1. Gesetzliche Leitungsaufgaben	168
2. Ungeschriebene Leitungsaufgaben	169
II. Organisation	170
C. Maßstäbe für die Ausübung der Leitung	171
I. Leitungsaufgabe des Vorstands als Organ	171
II. Leitung des von der Gesellschaft betriebenen Unternehmens – Handlungsmaximen	172
1. Gesellschaftsinteresse	172
2. Stakeholder Value vs. Shareholder Value (Unternehmensinteresse)	173
3. Weites Ermessen	177
4. Handlungsanforderungen in Einzelfällen	178
a) Unternehmenserwerbe	178
b) Gesellschaft als Zielgesellschaft	179
c) Börsennotierte Gesellschaften	181
III. Leitungsaufgabe bei verbundenen Unternehmen	183
1. Abhängige Gesellschaft	183
a) Bestehen eines Beherrschungsvertrags	183
b) Fehlen eines Beherrschungsvertrags	184
2. Herrschende Gesellschaft	186
3. Besonderheiten bei Doppelorganschaft	186

§ 5 Geschäftsführung und Geschäftsverteilung

A. Der Begriff der Geschäftsführung	190
B. Maßstäbe für die Geschäftsführung	193
C. Organisation des Vorstands	194
I. Gleichberechtigung der Vorstandsmitglieder und Gesamtverantwortung	194
1. Gleichberechtigung	194
2. Gesamtverantwortung	195
II. Gesamtleitung	195
1. Pflicht zur Gesamtleitung	195
2. Gültigkeit der Entscheidungen unterbesetzter Vorstände	196
III. Geschäftsverteilung	196
1. Funktionale Organisation	197
2. Divisionale Organisation	197
3. Matrixorganisation	198
4. Virtuelle Holding	199

5. Management-Holding	200
6. CEO-Modell	200
a) Stellung des CEO	200
b) Rechtliche Grenzen einer CEO-Struktur	201
7. Vorstandsausschüsse, Executive Committee	201
IV. Geschäftsordnung	202
1. Zuständiges Organ	202
2. Pflicht zum Erlass einer vollständigen Geschäftsordnung	202
3. Inhalt der Geschäftsordnung	203
4. Form	203
5. Wirkung der Geschäftsordnung und Folgen bei Pflichtverstößen	204
V. Pflicht zur gegenseitigen Überwachung	204
1. Informationsrecht und -pflicht	205
2. Interventionsrecht und -pflicht	205
3. Widerspruchsrecht	206
4. Folgen bei Verstoß gegen die Überwachungspflicht	206
VI. Vorstandsmitglieder	207
1. Einfache Vorstandsmitglieder	207
2. Vorstandsvorsitzender	207
3. Vorstandssprecher	209
4. Arbeitsdirektor	209
5. Stellvertretende Vorstandsmitglieder	211
6. Delegierte Aufsichtsratsmitglieder	211
7. Bereichsvorstand	212
8. Designierte Vorstandsmitglieder	212
D. Willensbildung im Vorstand	213
I. Gesamtgeschäftsführung und Einstimmigkeit	213
II. Einzelgeschäftsführung und Durchbrechung des Einstimmigkeitsprinzips	213
III. Beschlussfassung	214
1. Einstimmigkeitsgrundsatz und Mehrheitsentscheidungen	214
2. Formale Anforderungen an die Beschlussfassung im Vorstand	215

§ 6 Vertretung der Gesellschaft

A. Organschaftliche Vertretungsmacht des Vorstands	220
I. Wesen der organschaftlichen Vertretung	220
II. Grenzen der Vertretungsmacht	220
III. Formen der Aktivvertretung	222
1. Gesamtvertretung	222
2. Unechte Gesamtvertretung	223
3. Einzelvertretung	223
4. Einzelermächtigung	224
IV. Passivvertretung	225
V. Einräumung und Änderung der Vertretungsmacht	225
VI. Handelsregister und Rechtsschein	225
VII. Verhinderung oder Wegfall eines Vorstandsmitglieds	225
B. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht Dritter	226
I. Prokuristen	226
II. Handlungsbevollmächtigte	227
III. Generalbevollmächtigte	228
IV. Besondere Vertreter	228

C. Rechtsfolgen fehlender Vertretungsmacht	229
I. Handeln außerhalb der objektiven Grenzen der Vertretungsmacht	229
II. Handeln außerhalb der subjektiven Grenzen der Vertretungsmacht	230
D. Sonderfälle der Vertretung	230
I. Ausübung von Beteiligungsrechten bei mitbestimmten Unternehmen	230
II. Verbot von Inschlaggeschäften	231
III. Widersprüchliches Verhalten mehrerer zur Vertretung befugter Stellen	234
IV. Missbrauch der Vertretungsmacht	234
V. Vertretung bei fehlerhafter Bestellung	235
VI. Vertretung der Gesellschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern	236
VII. Vertretung der Gesellschaft vor Gericht	237
VIII. Vertretung der Vor-AG	238
IX. Vertretung der Gesellschaft nach Auflösung	239

§ 7 Organpflichten

A. Allgemeines	243
B. Sorgfaltspflicht	244
I. Überblick über die Sorgfaltspflicht des Vorstands	244
II. Legalitätspflicht	245
1. Wesentliche Legalitätspflichten nach deutschem Recht	245
2. Unklare oder umstrittene Rechtslage	247
3. Herausforderungen bei der Anwendung ausländischen Rechts	248
4. Keine Ausnahme für „nützliche Pflichtverletzungen“	249
5. Deutscher Corporate Governance Kodex	250
6. Staatliche Empfehlungen und freiwillige Verhaltensrichtlinien	251
7. Legalitätspflichten aus Satzung und Geschäftsordnung	251
III. Business Judgment Rule	252
C. Organisations- und Überwachungspflicht	258
I. Überwachungspflichten innerhalb des Vorstands	258
II. Überwachung nachgeordneter Organisationsebenen	260
III. Pflicht zur Implementierung eines Systems zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken	262
IV. Pflicht zur Implementierung einer Compliance-Organisation	262
V. Überwachung anderer Organe	264
1. Aufsichtsrat	264
2. Hauptversammlung	265
D. Treuepflicht	265
I. Allgemeines	265
II. Besondere Ausprägungen der Treuepflicht	265
1. Loyalereinsatz für die Gesellschaft	265
2. Vermeidung und Offenlegung von Interessenkonflikten	266
3. Ausnutzung der Organstellung/Eigengeschäfte mit der Gesellschaft	266
4. Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	267
5. Verschwiegenheitspflicht	268
a) Geheimnisse der Gesellschaft und vertrauliche Angaben	269
b) Grenzen der Verschwiegenheitspflicht	270
6. Nachvertragliche Treuepflicht	273
7. Treuepflicht im Konzern	273
8. Kreditgewährung an Vorstandsmitglieder	274
E. Kapitalerhaltungspflicht	275

F. Publizitätspflichten	277
I. Anmeldungen zur Eintragung in das Handelsregister	277
II. Anmeldungen und Einreichungen zum Handelsregister	278
III. Bekanntmachungen in den Gesellschaftsblättern	279
IV. Übermittlungen an das Unternehmensregister	279
V. Veröffentlichungen auf der Internetseite	280
VI. Angaben auf Geschäftsbriefen	280
VII. Beteiligungspublizität	281
1. Andere halten Beteiligungen an der Gesellschaft	281
a) Gesellschaft ist nicht börsennotiert	281
b) Gesellschaft ist börsennotiert	281
2. Gesellschaft hält Beteiligungen	282
3. Rechtsfolgen bei Verstößen	282
a) Verstoß gegen Bekanntmachungspflichten	282
b) Verstoß gegen Mitteilungspflichten	282
4. Pflichten des Vorstands im Hinblick auf Rechte aus Aktien	283
VIII. Ad-Hoc-Publizität	283
IX. Managers' Transactions	284
X. Rechnungslegung und kapitalmarktrechtliche Finanzberichterstattung	285

§ 8 Personal- und Sozialwesen

A. Personalverantwortung im Unternehmen	290
I. Vorbemerkung	290
II. Führung	291
1. Führungsaufgabe der Vorgesetzten	291
2. Weisungs-/Direktionsrecht	291
3. Führungswille	292
4. Führungsfähigkeit	292
5. Fach- und Führungsaufgabe	292
6. Personalführung in Kooperation	293
III. Betreuungsverantwortung	294
1. Führungsgrundsätze	294
2. Mitarbeiterbetreuung	295
3. Unternehmenskultur	295
4. Unternehmensorganisation und Betreuung	296
5. Personalverwaltung	296
B. Aufgaben des Personal- und Sozialwesens	297
I. Verantwortlicher Personalleiter	297
1. Qualifikation des Personalleiters	297
2. Residenzpflicht	298
II. Aufgaben des Personalleiters	298
1. Personalbereitstellung/Personalstrategie	298
2. Personalentwicklung	299
3. Bedarfsplanung	299
4. Stellenbeschreibung	300
5. Fördersysteme	301
a) Inhalt	301
b) Beurteilungs- und Förderungsgespräche	302
6. Vorgesetztenbeurteilung	303
7. Personalcontrolling	303
III. Außenwirkung des Personalleiters innerhalb des Unternehmens	305
1. Unternehmenszeitung/-magazin	305

2. Kurzinformationen	305
3. Betriebsversammlung	305
4. Betriebsräteversammlung	306
5. Mitarbeiterversammlung	306
6. Tag der offenen Tür	306
IV. Aufgaben des Personalleiters außerhalb des Unternehmens	306
1. Bundesagentur für Arbeit	307
2. Verbände	307
3. Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	307
4. Berufsgenossenschaften	307
5. Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammern	307
6. Sonstige	307
a) Berater	308
b) Versicherungsanstalten	308
c) Krankenkassen	308
d) Schulen	308
e) Hochschulen und Recruiting	308
f) Kommunale Einrichtungen	308
7. Aufgabenerweiterung	309
C. Führungskräfte	309
I. Obere Führungskräfte	309
II. Leitende Angestellte im Betriebsverfassungsrecht	310
D. Mitarbeiter im Unternehmen	312
I. Berufsbildung	312
1. Ausbildung	312
2. Weiterbildung	313
II. Anforderungen des Arbeitsverhältnisses	313
1. Suche und Anwerbung	313
2. Bewerbungsgespräch	314
3. Assessment	315
4. Arbeitseinführung	315
5. Befristung	315
III. Arbeitsverhältnis	316
1. Arbeitsvertrag	316
2. (Nachvertragliches) Wettbewerbsverbot	316
3. Vertragsstrafe	317
4. Formularverträge	317
5. Versetzung	317
IV. Ende des Arbeitsverhältnisses	318
1. Vertrag	318
2. Kündigung	318
a) Allgemeine Grundsätze	318
b) Hauptgruppen	319
c) Außerordentliche Kündigung	321
d) Änderungskündigung	321
e) Altersgrenze	321
3. Zeugnis	322
V. Besonderheiten	322
1. Krankheit	322
a) Kurzerkrankung	322
b) Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	322
c) Suchtkranke	322

2. Schwerbehinderung	323
VI. Internationale Versetzung	323
E. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat	324
I. Betriebsrat	324
1. Wahlen	325
2. Rechte und Pflichten	326
3. Betriebsversammlungen	327
4. Freigestellte Betriebsräte	328
5. Ausschüsse	328
6. Wirtschaftsausschuss	328
7. Gesamtbetriebsrat	329
8. Betriebsräteversammlung	329
9. Konzernbetriebsrat	329
10. Schwerbehindertenvertretung	329
11. Vertretung der Jugendlichen und Auszubildenden	330
12. Vertrauensleute	330
II. Sprecherausschuss	330
III. Zusammenarbeit	331
1. Zusammenarbeit der Gremien	331
2. Betriebsvereinbarungen	331
a) Mit dem örtlichen Betriebsrat	331
b) Mit dem Gesamt- oder Konzernbetriebsrat	332
3. Einigungsstelle	332
4. Regelungsabreden	332
IV. Europäische Unternehmen	333
1. Europäische Betriebsräte	333
2. Europäisches Arbeits- und Sozialrecht	333
V. Internationale Unternehmen	334
F. Zusammenarbeit mit Verbänden	334
I. Tarifvertragsgesetz	334
II. Verbände	334
1. Arbeitgeberverbände	334
2. Industriegewerkschaften	335
III. Tarifverträge	335
1. Inhalte	335
2. Verhandlungen	336
IV. Arbeitskampf	337
1. Streik	337
2. Warnstreik	337
3. Maßnahmen	337
4. Aussperrung	338
5. Politischer Streik	339
6. Boykott, Sympathiestreik u. ä.	339
G. Mitbestimmung im Unternehmen	339
I. Unternehmerische Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer	339
1. Aufsichtsrat	339
2. Arbeitsdirektor	340
II. Beteiligungsrechte der Anteilseigner	341
III. Europäische Aktiengesellschaft – Societas Europaea (SE)	342
H. Gesamtregelungen im Unternehmen	343
I. Arbeitsordnung	343

II. Arbeitszeit	343
III. Arbeit Dritter	345
IV. Urlaub	346
V. Vergütung	346
1. Tarifliche/betriebliche Entgeltsysteme	346
2. Zusatzvergütungen	348
3. Reisekostenordnung	349
4. Dienstwagen	350
I. Soziale Vorsorge	350
I. Lebensrisiken	350
II. Altersvorsorge	351
III. Betriebliche Altersversorgung	351
1. Betriebsrentengesetz (BetrAVG)	352
2. Mitbestimmung	353
3. Insolvenzsicherung	354
4. Mobilitäts erleichterung	354
5. Bestandsschutz	354
6. Entgeltumwandlung	355
7. Vorgezogenes Ausscheiden	355
IV. Betriebskrankenkasse	355
J. Betriebliche Einrichtungen	356
I. Verbesserungsvorschläge	356
II. Gesundheit und Sicherheit	356
III. Familie und Beruf	358
K. Personalarbeit und Umstrukturierungen in Zeiten der Globalisierung	358
I. Unternehmenserwerb durch Wechsel des Anteilshabers (Share Deal)	358
II. Veräußerung von Betrieben und Betriebsteilen (Asset Deal)	359
1. Betriebsübergang	359
2. Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertretungen	360
3. Betriebsratsmandate	360
III. Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz	361
1. Folgen für die Arbeitsverhältnisse	361
2. Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen	361
3. Bestandsschutz für die unternehmerische Mitbestimmung	361
L. Schlussbemerkung	361

§ 9 AG in der Krise und Insolvenz

A. Der Begriff „Krise“	364
B. Krisenursachen und Krisenverlauf	365
C. Frühwarnsystem	368
I. Verpflichtung zur Einrichtung eines Risikofrühwarnsystems	368
II. Ausgestaltung eines Risikomanagementsystems	369
1. Überblick	369
2. Risikokultur	370
3. Ziele des RMS	370
4. Organisation des RMS	370
5. Risikoidentifikation	371
6. Risikobewertung	371
7. Risikosteuerung	371

8. Risikokommunikation	371
9. Überwachung und Verbesserung des RMS	371
D. Krisenbewältigung im fortgeschrittenen Stadium anhand operativer Maßnahmen	372
I. Sanierung der leistungswirtschaftlichen Bereiche	372
1. Vertrieb	372
2. Produktion und Logistik	373
3. Einkauf	374
4. Personal	375
5. Finanzen und Controlling	376
II. Finanzwirtschaftliche Sanierung	377
1. Aktionäre	377
2. Lieferantengläubiger	378
3. Kreditinstitute	378
III. Insolvenzvermeidende Sanierung durch das StaRUG	379
1. Überblick	379
2. Typische Anwendungsfälle	380
3. Zugangsvoraussetzungen	380
4. Schutz vor Vollstreckungsmaßnahmen	381
5. Begründete Erklärung der Bestandsfähigkeit	382
6. Gruppeneinteilung und Planabstimmung	383
7. Minderheitenschutz und Vergleichsrechnung	383
E. Pflichten des Vorstands als Krisenmanager	383
I. Laufende Beobachtung der wirtschaftlichen Lage	383
II. Verlustanzeige und Einberufung der Hauptversammlung	384
III. Zahlungsverbot	384
IV. Kapitalmarktrechtliche Pflichten	385
V. Insolvenzantragsrecht	386
VI. Insolvenzantragspflicht	386
VII. Vorschusspflicht bei Massearmut	387
F. Die AG in der Insolvenz	388
I. Insolvenzfähigkeit der AG	388
II. Insolvenzantragsgründe	388
1. Zahlungsunfähigkeit	388
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit	391
3. Überschuldung	392
G. Sanierung im Rahmen einer Insolvenz	394
I. Rahmenbedingungen einer Insolvenz	394
II. Übertragende Sanierung	395
III. Der Insolvenzplan als Sanierungsinstrument	396
1. Grundsätzliches	396
2. Geeignete Konstellationen für die Anwendung des Insolvenzplanverfahrens	397
3. Wirkungen des bestätigten Plans und Aufhebung des Insolvenzverfahrens	398
IV. Schutzschirmverfahren	399
V. Debt-Equity-Swap	401
H. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Konsequenzen	402
I. Verfahrensarten und Verfahrensbeteiligte	402
II. Ablehnung mangels Masse	404

III. Auswirkungen einer Verfahrenseröffnung auf den Rechtsträger	405
IV. Auswirkungen auf die Gesellschaftsorgane	405
1. Vorstand	405
2. Aufsichtsrat	406
3. Hauptversammlung	406
4. Aktionär	407
5. Exkurs: Abschlussprüfer	407
V. Auswirkungen der Insolvenzverfahrenseröffnung auf Kapital und Anleihen	408
VI. Bedeutung der Verfahrenseröffnung für die Mitteilungspflichten einer AG	409
VII. Die Insolvenzmasse	409
I. Die Auswirkungen einer Insolvenz auf den Kapitalmarkt	411
I. Börsennotierte Aktiengesellschaft	411
1. Börsennotierung und Widerruf	411
2. Aussetzung und Einstellung der Notierung	411
3. Einbeziehung in den regulierten Markt	411
4. Möglichkeit eines Delistings	412
5. Downgrading	412
6. Rang der Börsenverbindlichkeiten	412
7. Sonderregeln für börsennotierte Aktiengesellschaften	413
II. Kapitalmarktorientierte AG	413
1. Sonderregeln für die kapitalmarktorientierte AG	413
2. Publizitätspflichten	413
a) Generelle Publizitätspflichten	413
b) Ad-hoc Publizität	414
c) Beteiligungspublizität	414
d) Pflichten gegenüber Wertpapierinhabern	414
e) Mitteilungspflicht aus Art. 19 MAR	414
3. Enforcement-Verfahren	414
III. Zulassung zum Freiverkehr	415
IV. Übernahmerecht	415
J. Beendigung des Insolvenzverfahrens	415
§ 10 Rechenschaftslegung	
A. Rechenschaftslegung als Bestandteil der Corporate Governance	419
I. Rechenschaft im Dienst von Shareholder- und Unternehmensinteresse	419
II. Wertetransparenz als Säule der Corporate Governance	420
III. Grundprinzipien der Rechenschaftslegung	421
B. Adressaten der Rechenschaftslegung	422
I. Aufsichtsrat	422
II. Aktionäre und Hauptversammlung	424
1. Vermögensrechte und Informationsanspruch	424
2. Entlastung	425
3. Auskunftspflicht des Vorstands innerhalb und außerhalb der Hauptversammlung	425
4. Verlustanzeige	425
III. Gläubiger und andere Unternehmensbeteiligte	426
IV. Teilnehmer des Kapitalmarkts	427
1. Kapitalmarkt und Anlegerinteresse	427
2. Zulassung zum Börsenhandel	428

3. Regelpublizität	429
4. Ad hoc-Publizität	429
V. Finanzverwaltung	431
1. Interesse des Fiskus	431
2. Zuständigkeit des Vorstands	431
3. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten	433
4. Buchführungs- und Aufbewahrungspflichten, Steuererklärung	434
5. Straf- und Bußgeldtatbestände	435
VI. Branchenspezifische Adressaten	435
C. Finanzielle Berichterstattung	436
I. Rechnungslegungsstandards	436
1. Rechnungslegung nach HGB	436
2. Rechnungslegung nach IFRS	437
II. Einzelabschluss	439
1. Inhalt	439
2. Gestaltungsmöglichkeiten	441
a) Sachverhaltsgestaltungen	441
b) Wahlrechte	442
c) Ermessensspielräume	443
3. Kennziffern	445
III. Konzernabschluss	445
1. Inhalt	445
2. Gestaltungsmöglichkeiten	447
3. Kennziffern	448
IV. Performance-Berichterstattung	448
V. Sonderbilanzen	449
D. Nichtfinanzielle Berichterstattung	450
I. Einordnung der nichtfinanziellen Berichterstattung	450
II. Nichtfinanzielle Erklärung	450
III. Erklärung zur Unternehmensführung	453
1. Inhalt der Erklärung zur Unternehmensführung	453
2. Entsprechenserklärung	454
IV. Weitere Elemente der Governance-Berichterstattung	456
1. Internes Kontrollsystem	456
2. Risikomanagement	457
3. Compliance	459
4. Vergütungsbericht	461
5. Abhängigkeitsbericht	462
V. Integrated Reporting	463
E. Lagebericht und Geschäftsbericht	464
I. Lagebericht	464
II. Geschäftsbericht	467
F. Organisation und Verantwortlichkeiten für die Rechenschaft	468
I. Buchführung	468
1. Organisations- und Überwachungspflicht	468
a) Dokumentation	468
b) Dokumentation im Konzern	468
c) Organisation und Überwachung	469
2. Ressortmäßige Aufgabenverteilung	470
3. Qualifizierte Vermögensbetreuungspflicht	470
4. Gesamtverantwortung	471

II. Jahres- und Konzernabschluss, Lagebericht	471
1. Aufstellungspflicht	471
a) Grundsatz	471
b) Fristen	472
2. Kompetenzzuweisung innerhalb des Vorstands und Kompetenzverlagerung auf Mitarbeiter	473
a) Zulässigkeit	473
b) Sorgfalts- und Überwachungspflichten des Vorstands	473
c) Unternehmensinterne Bilanzierungsregeln	475
d) Vorbehaltsbereich des Vorstands	476
e) Unterzeichnungspflicht des Gesamtvorstands und Gesamtverantwortung, Bilanzzeit	476
3. Änderungen von Jahres- und Konzernabschluss	478
III. Prüfung durch externe Prüfer	480
1. Prüfungspflicht und Gegenstand der Abschlussprüfung	480
2. Positionierung des Vorstands im Pflichtprüfungsverfahren	481
a) Stellung des Vorstands zum Abschlussprüfer	481
b) Mitwirkungs- und Auskunftspflichten des Vorstands	481
c) Prüfungsfeststellungen außerhalb des Prüfungsberichts	483
IV. Offenlegungspflichten	483
V. Enforcement	485
1. Enforcement der Rechnungslegung	485
2. Enforcement der Abschlussprüfung	487
VI. Sanktionen	488
1. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	488
2. Bußgeldvorschriften und Zwangsgelder	489
3. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche	489
4. Nichtigkeit des Jahresabschlusses	490
5. Sonderprüfung	491
§ 11 Haftung der Vorstandsmitglieder	
A. Arten der Haftung	495
B. Innenhaftung	496
I. Entwicklung der Regelungen zur Innenhaftung	496
II. Steigende Bedeutung der Innenhaftung	498
III. Geltendmachung der Innenhaftung	500
1. Geltendmachung durch den Aufsichtsrat	500
2. Geltendmachung durch die Hauptversammlung	502
3. Geltendmachung durch Aktionäre als Prozessstandschafter	503
4. Ersatzansprüche der Gläubiger der Gesellschaft und Geltendmachung	505
IV. Innenhaftung nach § 93 AktG	505
1. § 93 Abs. 2 AktG im Überblick	506
2. Haftungsadressat	506
3. Pflichtwidrigkeit	506
a) Sorgfaltspflicht	507
b) § 93 Abs. 3 AktG	507
4. Verschulden	510
5. Schaden	512
6. Regressreduzierung	514
7. Darlegungs- und Beweislast	515

8. Wegfall und Undurchsetzbarkeit der Ersatzpflicht	516
a) Keine Ersatzpflicht bei ordnungsgemäÙem Hauptversammlungsbeschluss	516
b) Verzicht und Vergleich	517
c) Verjäh rung	518
d) Mehrheit von in Anspruch genommenen Vorstandsmitgliedern	519
V. Weitere Anspruchsgrundlagen neben § 93 AktG und Konkurrenzen	520
C. Außenhaftung	521
I. Ansprüche des Aktionärs	522
1. Aktienrechtliche Ansprüche	522
2. Deliktische Ansprüche	522
II. Ansprüche eines Dritten	523
1. Aktienrechtliche Ansprüche	523
2. Haftung aus culpa in contrahendo	523
3. Deliktische Ansprüche	524
4. Nichtabführen von Arbeitnehmeranteilen zur Sozialversicherung	525
5. Steuerliche Pflichten	526
6. Weitere wichtige spezialgesetzliche Ersatzansprüche	526
III. Haftung wegen unrichtiger Kapitalmarktinformationen	527
1. Haftung für Falschinformationen nach Rechtsprechung und Gesetz	528
a) Falschinformationen im Bereich des Primärmarkts	528
b) Falschinformationen im Bereich des Sekundärmarkts	529
2. Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG)	532
D. D&O-Versicherung	533
I. Entwicklung der D&O-Versicherung	534
II. Rechtliche Grundlagen	535
III. Ausgestaltung der Versicherung	537
1. Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	538
2. Grenzen des Versicherungsschutzes	538
IV. Zuständigkeit für den Abschluss der Versicherung	539
V. Keine Pflicht zum Abschluss einer Versicherung	539
VI. Selbstbehalt	540
§ 12 Strafrechtliche Verantwortung	
A. Einführung	546
B. Das Verhältnis von Strafrecht zu Gesellschaftsrecht und Zivilrecht	547
I. Die gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen und Befugnisse von Vorständen	547
II. Die Akzessorietät des Strafrechts	548
III. Begrenzung der Akzessorietät auf schwerwiegende Pflichtverletzungen	549
C. Grundlagen strafrechtlicher Haftung von Vorständen	550
I. Handeln als Person mit besonderen rechtlichen Pflichten	550
II. Organ- und Vertreterhaftung	551
III. Haftung innerhalb von Unternehmensorganen	552
1. Gremien- und Kollegialentscheidungen	552
2. Kausalitätsnachweis bei Kollegialentscheidungen	553
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit und Ressortzuständigkeit	554
4. Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	555
5. Ende der strafrechtlichen Verantwortlichkeit als Organmitglied	556
IV. Strafrechtliche Verantwortlichkeit für Straftaten von Mitarbeitern	556

D. Spezialgesetzliche Strafvorschriften	558
I. Bilanzdelikte, Falschangabedelikte	559
1. Unrichtige Darstellung und Verschleierung von Unternehmensverhältnissen	559
a) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse der Kapitalgesellschaft	559
b) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse des Konzerns	560
c) Offenlegung eines unrichtigen Konzernabschlusses oder Konzernlageberichts	561
d) Unrichtiger „Bilanzeit“	562
e) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse der Gesellschaft	562
2. Unrichtige Angaben gegenüber Prüfern	563
a) Unrichtige Angaben gegenüber Abschlussprüfern	563
b) Falsche Angaben gegenüber Abschlussprüfern	564
3. Strafbewehrte Pflichtverletzungen bei Verlust, Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit (§ 401 AktG)	565
4. Unterlassener Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 15a Abs. 4 InsO)	566
a) Zahlungsunfähigkeit	566
b) Überschuldung	567
c) Antragstellung	567
d) Antragsfrist	568
e) Fehlerhafte Antragstellung	568
II. Steuerhinterziehung	568
1. Voraussetzungen des § 370 AO	569
a) Begehungsformen	569
b) Steuerverkürzung	570
c) Vorsatz zur Steuerhinterziehung	571
d) Verjährung	571
2. Straffreiheit durch Selbstanzeige nach § 371 AO	571
3. Verhältnis der Berichtigungspflicht nach § 153 AO und der Selbstanzeige nach § 371 AO	573
III. Delikte zum Schutz des Kapitalmarkts	573
1. Verbot von Insidergeschäften	573
a) Allgemeine Voraussetzungen	574
b) Einzelne Begehungsformen	576
2. Verbot der Marktmanipulation	578
a) Informationsgestützte Manipulation	578
b) Handelsgestützte Manipulation	582
c) Handlungsgestützte Manipulation	583
d) Referenzwertmanipulation	584
e) Safe Harbour-Regelung	585
3. Kapitalanlagebetrug	585
a) Das Machen unrichtiger Angaben	586
b) Das Verschweigen nachteiliger Tatsachen	586
c) In Prospekten, Darstellungen oder Übersichten über den Vermögensstand	586
d) Gegenüber einem größeren Kreis von Personen	587
e) Im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Wertpapieren oder dem Erhöhungsangebot	587
f) Erheblichkeit für die Anlageentscheidung	587

IV. Untreue	587
1. Voraussetzungen	588
a) Vermögensbetreuungspflicht	588
b) Missbrauchs- und Treubruchstatbestand	589
c) Schwerwiegende Pflichtverletzung	589
d) Vermögensnachteil	589
2. Wichtige Leitentscheidungen und Fallgruppen zur strafbaren Untreue	590
a) Untreue durch Sponsoring	590
b) Untreue durch riskante Kreditvergabe und Risikogeschäfte	591
c) GmbH-Untreue	593
d) Konzernuntreue	594
e) Untreue durch die Festsetzung von Vorstandsvergütungen	596
f) Untreue durch „schwarze Kassen“	596
g) Untreue wegen fehlender oder mangelhafter Risikomanagementsysteme (Compliance-Management-Systeme)	597
h) Untreue wegen unzulässiger Zuwendungen an Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder	598
V. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen/Geheimhaltungspflichten	599
1. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen (§ 23 GeschGehG)	599
a) Geschäftsgeheimnis als Tatobjekt	599
b) Erlangen, Nutzen oder Offenlegen von Geschäftsgeheimnissen	600
c) Verbotene Handlung nach Erlangung des Geschäftsgeheimnisses durch Dritten	601
d) Strafverschärfende Qualifikationen	602
2. Verletzung der Geheimhaltungspflicht (§ 404 AktG)	602
VI. Korruptionsdelikte	603
1. Entwicklung und Bedeutung	603
2. Überblick	603
a) Amtsträgerdelikte (§§ 331 ff. StGB)	603
b) Bestechung im privaten Sektor (§§ 299 f. StGB)	605
VII. Kunden- und produktbezogene Strafbarkeitsrisiken	606
1. Strafrechtliche Produkthaftung	606
2. Betrug	607
3. Strafbare Werbung	609
E. Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Haftungsrisiken	609
I. Haftungsrisiken für den Vorstand	610
1. Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten	610
2. Aufsichtspflichtverletzung	610
II. Haftungsrisiken für das Unternehmen	610
1. Grundsatz individueller Verantwortlichkeit	610
2. Unternehmens-/Verbandsgeldbuße	611
3. Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes	612
4. Einziehung nach §§ 73 ff. StGB und § 29a OWiG	613
a) Voraussetzungen	613
b) Geltungsdauer und Rückwirkung	615
F. Ablauf von Ermittlungs- und Strafverfahren, insbesondere bei Unternehmen	615
I. Einleitung von Ermittlungsverfahren	615
II. Ziele des Ermittlungsverfahrens	618
III. Durchführung von Ermittlungen	618
IV. Ermittlungsmöglichkeiten	619
1. Zeugenvernehmungen	619

2. Beschuldigtenvernehmungen	620
3. Durchsuchungen und Beschlagnahmen	621
a) Voraussetzungen	621
b) Verhaltensempfehlungen	622
4. Beauftragung von Sachverständigen	622
V. Abschluss des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft	622
1. Einstellung wegen fehlenden Tatnachweises	623
2. Einstellung trotz fortbestehenden Tatverdachts	623
3. Anklageerhebung	623
VI. Gerichtliches Zwischenverfahren	624
VII. Hauptverhandlung in Strafsachen	624
VIII. Verständigungen im Strafverfahren	625
IX. Sanktionsmöglichkeiten von Staatsanwaltschaft und Gericht	625

§ 13 Compliance als Vorstandsaufgabe

A. Bedeutungsgehalt des Begriffs „Compliance“	629
B. Compliance als Leitungsaufgabe des Vorstands	631
I. Sonderregelungen als Grundlage der Compliance-Pflicht?	631
1. § 91 Abs. 2 und 3 AktG	631
2. Vorgaben des DCGK	632
II. Compliance-Pflicht als Ausfluss der Leitungsverantwortung des Vorstands	632
1. Die Legalitätspflicht des Vorstands	632
a) Pflicht des Vorstands zur Einhaltung des Organisationsrechts der AG	633
b) Interne und externe Legalitätspflicht des Vorstands	633
c) Zulässigkeit nützlicher Pflichtverletzungen?	634
2. Pflicht zur Überwachung der Unternehmensorganisation	635
a) Vertikale Überwachung	635
b) Horizontale Überwachung	635
3. Compliance-Zuständigkeit des Vorstands als Gesamtorgan	636
4. Compliance-Pflichten im Konzern	636
C. Generelle Pflicht zum Aufbau eines Compliance-Systems?	637
I. Spezialgesetzliche Regelungen	637
II. Risikoanalyse und unternehmerisches Ermessen beim Aufbau eines Compliance-Systems	638
1. Compliance-System und Business Judgement Rule	638
2. Risikoanalyse als Grundlage der Ermessensausübung	638
a) Ermittlung des spezifischen Risikos	638
b) Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeit	639
c) Kosten-Nutzen-Analyse	639
D. Rechtliche Anforderungen an ein Compliance-System	639
I. Unternehmerisches Ermessen bei der Ausgestaltung eines Compliance-Systems	640
II. Compliance-Standards, insbesondere IDW-Standard PS 980	640
E. Vier Stufen effizienter Compliance-Organisationen	641
I. Compliance-Kommunikation („tone from the top“)	641

II. Maßnahmen, um Rechtsverstößen vorzubeugen („prevent“)	642
1. Pflichtendelegation auf Compliance-Vorstand und Compliance-Officer	642
a) Möglicher Umfang der Delegation	642
b) Rechtsposition des Compliance-Officers	643
2. Compliance-Richtlinien („Code of Conduct“)	644
a) Leitlinien bei der Einführung von Compliance-Richtlinien	644
b) Beachtung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	644
3. Unterrichtung und Schulung der Belegschaft	645
4. Die wichtigsten Compliance-Bereiche	646
a) Arbeitsrecht	646
b) Außenwirtschaftsrecht und Exportkontrolle	648
c) Verhaltensregeln im Geschäftsverkehr	648
d) Geldwäsche	649
e) Kartellrecht	650
f) Produktsicherheit und -haftung	650
g) Krise und Insolvenz	652
h) Wirtschaftsstraftaten (Korruption, Insiderhandel)	653
i) Steuerrecht	654
j) Umweltrecht	654
5. Compliance-Pflichten des ausländischen Rechts	655
III. Maßnahmen zur Aufdeckung von Regelverstößen („detect“)	655
1. Meldesystem bei Verstößen	656
a) Whistleblowing	656
b) Einrichtung einer Beschwerdestelle	657
2. Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Compliance-Organisation („Compliance Audits“)	657
IV. Reaktion auf Verstöße („react“)	658
1. Aufklärung der Verstöße und Internal Investigations	658
2. Mitarbeiterbefragungen und Amnestieprogramme	659
3. Pflicht zur Sanktionierung von Verstößen	660
F. Haftung der Vorstandsmitglieder für mangelhafte Compliance	662
I. Strafrechtliche Haftung	662
II. Zivilrechtliche Haftung	662
1. Pflichtverletzung des Vorstands	662
2. Beweislast	663
3. Schuldhaftes Handeln des Vorstands	663
4. Kausalität der Pflichtverletzung für den Schaden	663
5. Offene Fragen	664
III. Ordnungswidrigkeitenrechtliche Haftung und mehr	664
G. Zusammenfassung	666
§ 14 Verbundene Unternehmen	
A. System der Unternehmensverbindungen	669
I. Einführung	669
II. Begriffsbestimmungen	670
1. Mehrheitsbeteiligungen	671
2. Abhängige und herrschende Unternehmen	672
3. Konzernunternehmen	672
4. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	673
5. Vertragsteile eines Unternehmensvertrags	673

Inhaltsverzeichnis

B. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	674
I. Grundlagen und Regelungssystematik	674
II. Vertragsabschluss	676
III. Inhalt des Vertrags	678
1. Zwingender Inhalt	678
2. Verlustübernahmepflicht, Laufzeitklauseln und steuerliche Organschaft	679
3. Angemessener Ausgleich	680
a) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	680
b) Alleiniger Beherrschungsvertrag	685
c) Alleiniger Gewinnabführungsvertrag	685
4. Gerichtliche Bestimmung von Ausgleich oder Abfindung	686
IV. Unternehmensführung im Konzern	686
1. Leitungsmacht	687
a) Gesetzliche Regelung	687
b) Konzernleitungspflicht	689
2. Konzernorganisation und -führung	689
a) Personalpolitik und -entscheidungen	691
b) Planung/Controlling	693
c) Konzernweites Cash-Management	694
d) Jahresabschluss	695
e) Risikomanagement	696
f) Zustimmungspflichtige Geschäfte	697
3. Haftung	699
V. Beendigung des Vertrags/Gläubigerschutz	700
VI. Schicksal des Unternehmensvertrags bei Insolvenz der beteiligten Gesellschaften	702
C. Sonstige Unternehmensverbindungen	703
I. Eingegliederte Gesellschaft	703
1. Bedeutung	703
2. Verfahren	705
a) 100%-ige Tochtergesellschaft	705
b) Mindestens 95%-ige Tochtergesellschaft	705
3. Gläubigerschutz	706
a) Sicherheitsleistung	706
b) Haftung der Hauptgesellschaft	707
II. Gleichordnungskonzern	707
1. Begriffsbestimmung	707
2. Vertraglicher Gleichordnungskonzern	708
3. Faktischer Gleichordnungskonzern	710
4. Haftung	710
III. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	710
1. Begriffsbestimmung	711
2. Rechtsfolgen	711
a) Einfache wechselseitige Beteiligung	711
b) Einseitig qualifizierte wechselseitige Beteiligung	712
c) Beidseitig qualifizierte wechselseitige Beteiligung	712
IV. Andere Unternehmensverträge	713
1. Gewinngemeinschaft	713
2. Teilgewinnabführungsvertrag	713
3. Betriebspacht und Betriebsüberlassung	714
4. Betriebsführungsvertrag	715

D. Faktischer Konzern	716
I. Zulässigkeit	716
II. Unternehmensführung im faktischen Konzern	717
1. Konzernleitungsmacht?	717
2. Schranken des Einflusses	718
3. Konzernorganisation und -führung	721
a) Information im Konzern	721
b) Personalpolitik und -entscheidungen	722
c) Konzernkoordinierung	724
d) Konzernweites Cash-Management	725
e) Jahresabschluss	726
f) Risikomanagement	726
g) Zustimmungspflichtige Geschäfte	727
4. Haftung	728
5. Abhängigkeitsbericht	729
a) Begriffsbestimmung	729
b) Rechtsgeschäfte und Maßnahmen	730
c) Einzelangaben	730
d) Schlusserklärung	731
e) Prüfung Abschlussprüfer	731
f) Prüfung Aufsichtsrat	732
g) Haftung	733
E. Veränderungen im Beteiligungsbesitz	733
I. Entscheidungsvoraussetzungen und -notwendigkeiten	733
1. Grenzen der Geschäftstätigkeit	733
2. Beschlussfassung der Hauptversammlung	734
3. Abwehr- und Beseitigungsanspruch	735
II. Mitteilungspflichten	735
1. Nicht börsennotierte Gesellschaften	735
2. Börsennotierte Gesellschaften	736
III. Ausschluss von Minderheitsaktionären	737
1. Allgemeines	737
2. Barabfindung	737
3. Hauptversammlung	740
4. Prozessuale Aktionärsrechte	741
a) Gerichtliche Nachprüfung der Abfindung	741
b) Anfechtungsklage	742
F. Die Auswirkungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes im Konzern	742
I. Einführung und Anwendbarkeit des Gesetzes	742
II. Sorgfaltspflichten	743
1. Angemessenes und wirksames Risikomanagement	744
2. Präventionsmaßnahmen, Abhilfemaßnahmen und Grundsaterklärung	744
3. Beschwerdeverfahren	745
4. Sorgfaltspflichten gegenüber dem mittelbaren Zulieferer	745
5. Dokumentations- und Berichtspflichten	746
6. Auskunftspflichten gegenüber der Behörde	746
III. Verbundene Unternehmen unter dem LkSG	746
IV. Konzernleitungspflicht und Konzernhaftung	748
V. Zivilrechtliche Haftung und Regressmöglichkeiten	749
VI. Ausblick	750

§ 15 Geschäftsführung in der SE

A. Grundlagen	755
I. Besonderheiten der SE	755
II. Vorteile einer SE	756
B. Vorbemerkung zur Führungsstruktur	756
C. Dualistische Führung	757
D. Monistische Führung	758
I. Anzahl/Bestellung/Zusammensetzung des Verwaltungsrats	759
1. Größe des Verwaltungsrats	759
2. Stellvertretung/Ersatzmitgliedschaft	760
3. Bestelldauer	761
4. Gesetzliche Vorgaben	761
5. Statusverfahren	761
6. Auswirkungen der Mitbestimmung auf die Besetzung des Verwaltungsrats	762
7. Entsendungsrechte	764
8. Fehlerhafte Bestellung	764
9. Persönliche Voraussetzungen	765
II. Abberufung	766
III. Innere Ordnung des Verwaltungsrats	767
IV. Beschlussfassung im Verwaltungsrat	768
V. Einberufung der Sitzungen	769
VI. Vergütung	770
VII. Geschäftsführende Direktoren	771
1. Bestellung	771
2. Abberufung	772
3. Vertretungsbefugnis	772
4. Geschäftsauftritt/Briefkopf	773
5. Geschäftsordnung für die Geschäftsführung	773
VIII. Höchstdauer	774
IX. Aufgaben der Geschäftsführung/Abgrenzung zum Verwaltungsrat	774
X. Überwachungspflicht des Verwaltungsrats	775
XI. Sorgfaltsmaßstab/Haftung/Business Judgement Rule	776
1. Sorgfaltsmaßstab und Haftung der geschäftsführenden Direktoren	776
2. Sorgfaltsmaßstab und Haftung der Mitglieder des Verwaltungsrats	777
XII. Treuepflicht	778
XIII. D&O-Versicherung	779
XIV. Aufgaben der Leitung durch den Verwaltungsrat/Abgrenzung Tagesgeschäft	779
XV. Spezielle Rechte und Pflichten des Verwaltungsrats	782
1. Einberufung und Durchführung der Hauptversammlung	783
2. Einsichts- und Prüfungsrecht	784
3. Insolvenzbezogene Pflichten	785
4. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	785
5. Compliance-Management-System	786
6. Generalverweisung des § 22 Abs. 6 SEAG	786
7. Vorrang spezieller Kompetenznormen	787
Autorenverzeichnis	789
Sachverzeichnis	793